

Medienmitteilung

Thema	Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungsprogramm
Für Rückfragen	Roland Fischer, Nationalrat, Tel. +41 79 422 76 60
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	13. Juni 2013

Grünliberale kritisieren Rückweisung des Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungsprogramms

Die Grünliberalen haben keinerlei Verständnis für die Rückweisung des Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungsprogramms an den Bundesrat. Die unheilige Allianz von SVP und SP gefährdet damit die zweifelsfrei notwendige Entlastung des Bundeshaushalts. Es ist zu befürchten, dass die Schweiz ab 2015 in strukturelle Defizite gerät und die Schuldenbremse ohne Sparmassnahmen oder Mehreinnahmen nicht eingehalten werden kann. Anstatt Sparmassnahmen hinauszuschieben und damit lineare Kürzungen, Kreditsperren und empfindliche Kürzungen bei den Personalausgaben in Kauf zu nehmen, sollte der Bund seine Aufgaben und Ausgaben regelmässig überprüfen.

Der Rückweisungsantrag an den Bundesrat ist in der kurzen Zeit weder umsetzbar noch sinnvoll. Die von rechts geforderte Beschränkung des Ausgabenwachstums mit unrealistischen Zielen ist reine Schaumschlägerei. Mit der Rückweisung betreibt die SVP zum wiederholten Male Arbeitsverweigerung, statt Verantwortung zu übernehmen und machbare Sparpakete mitzutragen. Dass die SVP bei der Landwirtschaft und bei der Armee zudem regelmässig Mehrausgaben fordert und mitträgt, rundet diese unglaubliche Finanzpolitik ab. Das Vorgehen widerspricht auch dem Grundgedanken der Schuldenbremse, welche gerade bei Investitionen eine antizyklische Finanzpolitik vorsieht. Weiter würde eine Beschränkung der Personalbezüge auf 3 Milliarden Franken einen Abbau von rund 1500 bis 2000 Stellen bedeuten, was kurzfristig schlicht nicht möglich ist.

Völlig unverständlich ist für die Grünliberalen aber auch das Vorgehen der Linken, welche der Rückweisung überhaupt erst zum Durchbruch verhalf. Die Vorstellung der SP, keine Sparmassnahmen umzusetzen und letztlich die Steuern zu erhöhen, ist völlig unrealistisch. Solche Mehreinnahmen lassen sich kurzfristig nicht generieren, da diese meist eine Änderung der Bundesverfassung mit einer entsprechenden Volksabstimmung benötigen. Zudem lehnen die Grünliberalen Steuererhöhungen und damit eine weitere Erhöhung der Staatsquote klar ab. Die gemeinsame Rückweisung von Links und Rechts gefährdet eine pragmatische und nachhaltige Finanzpolitik, welche den Staatshaushalt im Gleichgewicht hält und die Verschuldung weiter reduzieren könnte.